

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

25.9.1928 (No. 224)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Verantwortlich: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Expedienten C. K. m. n. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kassensatz gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Exzess, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Ausklang in Genf

Heute Abrüstungsdebatte

Das allgemeine Interesse ist nun fast ausschließlich der Abrüstungsfrage zugewandt, über die der tschechoslowakische Außenminister Beneš vor der Bundesversammlung voraussichtlich am heutigen Dienstagmorgen Bericht erstatten wird, und zu der außer Graf Bernstorff auch Paul Boncour das Wort ergreifen wird. Man rechnet allgemein damit, daß die 9. Tagung der Bundesversammlung spätestens am Mittwochvormittag mit einer feierlichen Schlußrede des Präsidenten abgeschlossen werden kann. Die noch auf der Tagesordnung des Völkerbundesrates stehenden Materien, die im wesentlichen eine Sanktionierung der Beschlüsse der Völkerbundesversammlung durch den Rat betreffen, dürften noch zwei Sitzungen beanspruchen, so daß die Herbsttagung des Völkerbundes am Donnerstagmittag zu Ende gehen kann.

Die Vollziehung der Völkerbundesversammlung am Montagmorgen begann mit einem großen feierlichen Akt an die Adresse der Republik Argentinien. Den Anlaß dazu bilden die Mitteilungen der spanischen Regierung über ihren Beitritt zur Obligatoriumsklausel des Internationalen Gerichtshofes sowie die Bekanntgabe der vor einiger Zeit schon dem Völkerbundesrat zugewandenen Antwort der Regierung von Kolumbien, in der die Rückkehr dieses Staates in den Völkerbund in Aussicht gestellt wird. Es handelt sich um eine Veranstaltung, welche den Zweck verfolgt, zum Regierungseintritt des neuen argentinischen Staatspräsidenten Frigones, der am 12. Oktober sein Amt übernimmt, eine Rundgebung besonderer Aufmerksamkeit an die große südamerikanische Republik zu richten. Die verschiebenen Redner erinnerten an die Mitarbeit Argentinien in der Völkerbundesversammlung 1920 und in den letzten Jahren. Staatssekretär v. Schubert sprach die Hoffnung aus, daß man die argentinische Republik nun in Genf begrüßen werde.

Graf Bernstorff zur Abrüstung

Genf, 25. Sept. (Tel.) In der Völkerbundesversammlung ergiff heute Graf Bernstorff das Wort zu einer Rede über die Abrüstungsfragen, in der er zunächst daran erinnerte, daß bereits der Reichspräsident die Bundesversammlung ersucht habe, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz schlüssig zu werden und Vorschläge dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht werden. Er habe hinzugefügt, daß es die Aufgabe der ersten Entwaffnungskonferenz sein müsse, als erste Etappe eine fühlbare Herabsetzung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, und zwar aller Faktoren der Rüstung, zu Lande, zur See und in der Luft, herbeizuführen und ferner die volle Publizität aller Rüstungselemente zu gewährleisten. Während der Beratungen der dritten Kommission hat die deutsche Delegation dieses Ersuchen zum Gegenstand eines förmlichen Antrages gemacht.

Es ist nötig — fuhr Graf Bernstorff fort — Ihnen zu sagen, wie sehr die deutsche Delegation es bedauert, mit ihren Anträgen nicht durchgedrungen zu sein? Man hat einerseits die Einwendungen gegen die Schlußfolgerungen erhoben, die Deutschland aus der Tatsache seiner eigenen Entwaffnung herleiten zu können glaubt, indem man sowohl an der Art der Erfüllung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen Kritik übte, als auch die Bedeutung und den Grund dieser Abrüstung abzuschwächen suchte. Daneben hat man die Möglichkeiten, die heute für eine wirksame Inangriffnahme der allgemeinen Abrüstung gegeben sind, mit überraschender Steifheit und Zurückhaltung beurteilt. Man hat technische und politische Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, und hat den von Deutschland gewünschten Entschluß zu bestimmten konkreten Maßnahmen für unrealistisch oder sogar für gefährlich erklärt. Wir haben uns nicht von der Stichhaltigkeit dieser Einwendungen überzeugen können.

Es ist nicht angebracht, das schwebende Tempo der Genfer Verhandlungen irgendwie mit dem Hinweis auf die Zeitdauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchführung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen in Anspruch genommen hat.

Es ist ebenso wenig richtig, daß die Rüstung Deutschlands auch heute noch einen militärischen Nachfaktor darstelle. Deutschland besitzt keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine militärische Luftflotte. Es fehlt ihm jede Reserve an Material und Munition. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften wird von Jahr zu Jahr geringer. Seine Kriegsinstrumente sind veraltet. Bei Deutschlands geographischer Lage und der militärischen Stärke seiner Nachbarn wäre ein Krieg längst zu seinen Ungunsten entschieden, ehe es seine Volkskraft und seine industrielle Kraft wirksam werden lassen könnte. Es kann von Deutschland nicht anders als mit Bitterkeit empfunden werden, wenn man die lokal durchgeführten Entwaffnungsverpflichtungen in ihrer außerordentlichen Tragweite verkümmert oder sogar soweit geht, Deutschland seine Wehrverfassung vorzuziehen, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt ist. Selbst die vorliegende Resolution muß in ihrem ersten Absatz die unauflösbare Tatsache feststellen, daß die gegenwärtig gegebene Sicherheit der Staaten schon jetzt den Abschluß einer ersten Konvention ermöglicht. — Wo liegen die Gründe dafür, daß die Bundesversammlung aus dieser Feststellung nicht die einzig gegebene Schlußfolgerung zieht?

Wir können nur immer wieder auf den elementaren Gedanken hinweisen, daß zur Verstärkung der Sicherheit nichts mehr beitragen kann, als der Beginn der allgemeinen Abrüstung selbst. Wir können auch nicht zugeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission lediglich dazu da sei, eines

Letzte Nachrichten

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

Warschau, 25. Sept. (Tel.) Der Führer der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Minister a. D. Dermes, ist gestern hier wieder eingetroffen. Er hat im Laufe des Tages eine Besprechung mit dem polnischen Delegationsführer, Twardowski. Die deutsch-polnische Kommission für Veterinärfragen hielt gestern eine Sitzung ab.

Der Spartakistenkandal von St. Ingbert

St. Ingbert, 25. Sept. (Tel.) Gegen Bürgermeister Dr. Kempf, der im Zusammenhang mit dem Skandal bei der Stadtparaffine seines Amtes enthoben wurde, ist gleichzeitig das Disziplinarverfahren eingeleitet worden wegen der Beschuldigung, seine Pflichten als Oberbürgermeister durch Vernachlässigung der Aufsicht über das ihm unterstellte Personal verletzt zu haben. Zugleich wurde Oberbürgermeister Knipper von der Regierung in Saarbrücken zum ständigen Kommissar bei dem Bürgermeisteramt St. Ingbert bestellt und mit der Handhabung der Staatsaufsicht über die Stadtverwaltung beauftragt, damit alle Handlungen der Stadtverwaltung in Einklang mit den von der Regierungskommission beabsichtigten Sanierungsmahnahmen stehen. Die Tätigkeit des Oberbürgermeisters Knipper wird unter voller Wahrung der Selbstverwaltung der Stadt erfolgen.

Heimwehren u. Sozialdemokratie in Österreich

Wien, 25. Sept. (Tel.) Wie die Blätter melden, erklärte der Präsident der Großdeutschen Volkspartei, Dr. Wotawa, über den Heimwehrtag in Wiener Neustadt am 7. Okt. u. a.: Noch ein Duzend Tage trennen uns vom 7. Oktober. Wird unsere Aufmerksamkeit und Geduld noch weiterhin täglich von der Erörterung darüber in Anspruch genommen werden, ob wirklich in diesem Staate das Recht für alle Staatsbürger gilt, sich nach Wunsch zu versammeln und aufzumarschieren, oder ob es auch künftig im Belieben der Sozialdemokraten bleiben soll, jederzeit durch Gegenüberstellungen dem politischen Gegner vorzuzugreifen, wie weit er von diesem Rechte Gebrauch machen kann? Denn nur darum handelt es sich jetzt. Die Sozialdemokraten und ihre Anhänger werden sich überzeugen müssen, daß die Staatsgewalt, solange ihre Richtschnur der Grundfah von der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze ist, auf die Wünsche nach einem Verbot nicht eingehen kann und nicht eingehen darf.

Neue Rüstungen Amerikas?

London, 25. Sept. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Washington: Die Beamten des amerikanischen Staats-, Flotten- und Kriegsdepartements sind überzeugt, daß weitere Kreuzer und Hilfsfahrzeuge demnächst gebaut werden müssen, wenn die Vereinigten Staaten eine einigermaßen angemessene Verteidigung auf hoher See haben wollen. Ferner ist eine immer größer werdende Zahl von Beamten des Kriegsdepartements und Kongreßmitgliedern überzeugt, daß die Zeit gekommen ist, wo neue moderne Ausrüstung, wie Tanks und andere Hilfsmittel für das Heer, in Mengen beschafft werden müssen im Interesse der Bereitschaft zu Lande. Dies würde die jährlichen Ausgaben für die nationale Verteidigung auf über 700 Millionen Dollars bringen.

Besuch des Reichspräsidenten in Lauban. Der Reichspräsident hatte, vom Wanderversehe kommend, am Montag nachmittag der Stadt Lauban, die aus diesem Anlaß festlich geschmückt war, einen kurzen Besuch ab.

Der preussische Haushalt für 1929. Die Vorarbeiten für den neuen preussischen Haushalt sind, wie aus Berlin gemeldet wird, soweit gefördert, daß der Haushalt am 19. Nov. dem preussischen Staatsrat zugehen kann. Am 17. Dez. soll er dem Landtag vorliegen, so daß dieser ihn noch vor Weihnachten in den Ausschluß schicken kann.

Im Rememorandum gegen den Oberleutnant Reim hat das Berliner Schwurgericht den Angeklagten wegen Weisheit zum Tode zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Zwei Jahre und 35 Tage werden als verbüßt durch die Unterjuchungshaft angerechnet.

Tages die zwischen den Staaten bereits direkt erzielte Übereinstimmung zu registrieren. Es ist wichtig, die Übereinstimmung herbeizuführen. Es kommt ganz allein darauf an, daß man mit dem positiven Willen zu wirksamen Maßnahmen an das große Problem herangeht. Man sollte nur einmal die zahlreichen Resolutionen der Bundesversammlung aus den letzten Jahren hintereinander abdrucken und man würde vor allem feststellen, daß die heutige Resolution nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern daß in ihr viel eher ein Entweichen des Willens zu energischen Schritten erkennbar ist. Von der Einberufung einer ersten Entwaffnungskonferenz wird in der Resolution überhaupt nicht mehr die Rede. Man redet oft von der Gefahr, die dem Fischen des Völkerbundes drohen könnte, wenn eine zu schnell einberufene Entwaffnungskonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen sollte. Für weit größer halten wir die Gefahr, daß in der Welt der Gebante entstehen könnte, als ob der Völkerbund vor seiner dringlichsten Aufgabe, die so eng mit der Erhaltung des Friedens verknüpft ist, untätig die Hände in den Schößen legt.

Das sind die Gründe, die es der deutschen Delegation unmöglich machen, für die neuen Verzögerungen die sich aus der Resolution ergeben können, die Mitverantwortung zu übernehmen.

Das Werk Sickingers

Geheimer Hofrat Dr. h. c. Dr. Anton Sicking, Stadtoberschulrat a. D. in Mannheim, feierte am 21. Sept. d. J. in dem, ihm seit Jahren lieb gewordenen Mägdorf Oberdorf, seinen 70. Geburtstag.

Es ist dem bekannten Pädagogen und Schulorganisator vergönnt, auf eine arbeitsreiche, mühevoll, aber auch erfolgreiche Lebensarbeit zurückzublicken, die zum allergrößten Teil der für das In- und Ausland vorbildlich gewordenen Ausgestaltung der Mannheimer Volksschule galt. — Als Sicking im Jahre 1895 zur Leitung der Mannheimer Volksschule berufen wurde, fand er eine Schule vor, die auf Grund eines mit übertriebenen Lehrzielen behafteten Lehrplanes, insgesamt genommen, nur einzelne Spitzenleistungen aufwies. Nur ein ganz geringer Teil der Schüler konnte den an ihn gestellten Anforderungen genügen und erreichte das hochgestellte Ziel. Die Masse der Schüler aber war im Laufe ihrer Schulzeit auf der Strecke liegen geblieben und mußte ohne eine abschließende Bildung, wie sie die Volksschule bieten kann, entlassen werden.

Mit nimmer ermüdendem Schaffensfeuer, größter Willenskraft und mit stets überzeugender Sachkenntnis ging er ans Werk, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Obwohl er zu Anfang, namentlich in den Reihen der Lehrer Mannheims, eine große Gegnerschaft fand, gelang es aber seiner überragenden Fähigkeit und zähen Ausdauer, alle Gegner zu bekehren, ja sie nach und nach zu eifrigen Verfechtern seiner Schulreform, des „Mannheimer Schulsystems“, wie sie in der Pädagogik genannt wird, zu machen.

Nicht nur im Aufwerfen von Gedankenproblemen und praktischen Vorschlägen, sondern auch ihrer Aus- und Durchführung sowie in der Einführung seiner Reform bewies er sein großes Führer- und Organisations-talent. „Evolution nicht Revolution“ war für ihn Grundfah, dem er auch den inneren und äußeren Erfolg seiner Schulreform verdankt. Jahr für Jahr gestaltete er kleine Teilgebiete um und führte so Neuerungen nur allmählich ein, so daß dem Schulorganismus alle gewalttätige Erschütterung erspart blieb.

Sickingers steht sich im „Mannheimer Schulsystem“ zum Ziel, allen Kindern, soweit es sich im Rahmen der schulischen Einrichtungen unserer Zeit überhaupt ermöglichen läßt, die den körperlichen und geistigen Anlagen und Fähigkeiten angepaßte Ausbildung und Erziehung zu geben. Daher war es nötig, die Schüler nach ihrer Begabung zu trennen. Es wurden am Ende des Schuljahres, nach reiflicher Prüfung der Kinder, die Schwachbegabten von ihren Altersgenossen getrennt, in sogenannte „Förderklassen“ zusammengefaßt und nach einem besonders hierfür aufgestellten Lehrplan von ausgewählten, erfahrenen Lehrern unterrichtet. Die in diesen Klassen von den Lehrern angewandte Methode stellte sich vornehmlich auf eine recht ergiebige, wohlüberdachte Veranschaulichung des Lehrstoffes ein. Alle Maßnahmen sind der Eigenart der Förderklassenschüler angepaßt. Sie gehen darauf aus, neben der Erarbeitung und Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die häufig angeborene Willens- und Charakterchwäche möglichst zu beseitigen und ihnen die durch widrige häusliche Verhältnisse unterdrückte Freude am Leben zu verschaffen. Neben der Förderung der geistigen Bedürfnisse seiner „Sorgenkinder“ umgab sie Sickingers mit Fürsorgen aller Art. Von der Verabreichung von Frühstück an bis zum Ferienaufenthalt auf dem Lande führte er alle heute bekannten Wohlfahrtsmaßnahmen ein, die natürlich auch zum Teil den übrigen Schülern zugute kamen.

Bei solcher Fürsorge für das leibliche und geistige Wohl der Schwachbegabten blieben die Erfolge nicht aus. Fast alle erreichten die für ihre spätere Verwendung im Leben ausreichende Bildung. Sehr häufig konnten so betreute Schüler wieder in die „Hauptklassen“ zu ihren normalbegabten Mitschülern überwiesen werden.

Sickingers ist aber bei der Sorge für die Minderbegabten nicht stehengeblieben. Dieselbe Fürsorge ließ er den Minderbegabten in den „Hilfsklassen“ und den mit Gehörfehlern Behafteten in den „Schwerhörigenklassen“ angedeihen. So er sorgte in den „Schulkindergärten“ in gleicher Weise für diejenigen schulpflichtigen Kinder, welche in der körperlichen oder geistigen Entwicklung zurückgeblieben und daher dem Unterricht in der Schule

Mit der Beilage: 60. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

noch nicht zu folgen vermochten. Geplant waren noch Klassen für schwer erziehbare Kinder, die aber noch nicht eingeführt werden konnten.

Das Siedingersche System geht jedoch noch weiter. Dieselbe Sorgfalt in der Ausbildung der Geisteskräfte erfahren auch die besonders „gut begabten“ Schüler. Es ist die Einrichtung getroffen worden, daß diese in den „Sprachklassen“ vom 5. bis 8. Schuljahr fremdsprachlichen Unterricht genießen. Anderen ist durch Teilnahme am Unterricht in „Übergangsklassen“ Gelegenheit gegeben, sich für den Übertritt in höhere Lehranstalten vorzubereiten.

Auf diese Weise beschritt Siedinger im Mannheimer Schulsystem bereits den Weg zu der erstrebenswerten Einheitschule, die jedem Kind, seinen angeborenen geistigen und körperlichen Kräften gerecht wird.

Freilich bedurfte Siedinger zur Durchführung dieser Organisationsarbeit zweier wesentlicher Mitarbeiter: Stadtverwaltung und Lehrerschaft. Aber dank seiner hervorragenden persönlichen Eigenschaften wußte er beide zu gewinnen und für sein Werk zu begeistern.

Neben all der großen Arbeit fand Siedinger aber immer noch Zeit, schriftstellerisch tätig zu sein und in vielen Vereinen und zahlreichen öffentlichen Körperschaften in Stadt und Land für die Erziehung unserer Jugend zu wirken. Vielfach waren auch dort seine Anregungen von ausschlaggebender Bedeutung.

Es kann daher nicht wundernehmen, daß er allseitige Anerkennung und vielfache Ehrungen erfuhr: 1906 sollte er Stadtschulrat in Berlin, 1913 Landtagsabgeordneter, 1922 Unterrichtsminister werden, was er jedoch alles ablehnte. 1917 wurde er Geheimer Hofrat; eine Schule in Mannheim wurde „Siedingerschule“ benannt, und die Universität Heidelberg verlieh ihm die Würde eines Ehrendoktors.

Siedinger ist im Kampf um seine Idee zu einer Persönlichkeit angewachsen, die auf weite Sicht richtungweisend wirkt. Folgen wir ihm zum Dank für seine treue Arbeit.

E. Reichel, Schulrat.

Das Reichsgrundvermögensteuergesetz. Im ständigen Ausschuss des Preussischen Landtags erklärte bei Behandlung der Frage der Verlängerung des preussischen Grundvermögensteuergesetzes der preussische Finanzminister **Söpfer-Archibald**, daß das Reichsgrundvermögensteuergesetz im Oktober vom Reichsrat verabschiedet werden solle. Schon im November solle sich der Reichstag mit diesem Gesetz beschäftigen. Das Reichsfinanzministerium hoffe bestimmt, daß das Gesetz am 1. April 1929 in Kraft treten könne.

Laufsprecher im Preussischen Landtag. Im Preussischen Landtag sind die Arbeiten zur Einrichtung einer großzügigen Radiumanlage im Gange. An der linken und rechten Seite des Saales sind starke Laufsprecher eingebaut. Die Anlage bezweckt, dem Präsidenten zu ermöglichen, auch bei größten Värmigkeiten mit seiner Stimme mühelos durchzudringen. Auch soll den Rednern Gelegenheit geboten werden, sich ohne große Anstrengung trotz der schlechten Akustik im Saale verständlich zu machen.

Die Zusammenstöße in Halle. Die schweren Zusammenstöße zwischen Mitgliedern des Stahlhelm und Reichsbannerleuten in Halle bei Spandau, bei denen 11 Personen zum Teil schwer verletzt wurden, haben den preussischen Minister des Innern veranlaßt, einen eingehenden Bericht über die Vorgänge von dem Regierungspräsidenten einzufordern. In mehreren Fällen stehen sich Aussagen gegen Aussagen gegenüber, so daß die Untersuchungsbehörde noch zahlreiche Privatpersonen vernehmen muß, um eine lückenlose Klärung der schweren Schlägerei herbeiführen zu können.

Massenkundgebung der Deutschnationalen und des Stahlhelms in Berlin. Die Deutschnationalen veranstalteten Montagabend gemeinsam mit dem Stahlhelm und andere Rechtsorganisationen in Neufölln eine Kundgebung unter dem Thema „Das Ende der Locarnopolitik, was nun?“. Daran nahmen fast 10 000 Menschen teil. Graf **Werkap** erklärte, daß die Verständigungspolitik mit schwerstem Mißerfolg endet habe. Deshalb müsse äußerste Zurückhaltung den Westmächten und dem Völkerbund gegenüber an ihre Stelle treten.

Eine erläßliche Debatte. Nach dem Zusammentritt der französischen Kammer wird eine eingehende Debatte über die elaf-lotbringende Frage nicht auf sich warten lassen. Bis jetzt sind angekündigt eine Resolution des Sozialisten Grumbach und des Merkanten Dr. Brom.

Ausstellung „Moderne Elektrizitätsanwendung“ in Karlsruhe

Die Ausstellung „Moderne Elektrizitätsanwendung“ in der Ausstellungshalle des **Badischen Landesgewerbeamtes** in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 17, bietet in ihrer Vielseitigkeit dem Besucher die beste Gelegenheit, sich über die technischen Fortschritte der Elektrotechnik in Industrie, Gewerbe und Haushalt zu unterrichten.

Die bekanntesten Firmen haben ihre Erzeugnisse zur Ausstellung gebracht. Wir sehen neue und bereits bekannte Apparate und Maschinen in technisch vollendeter Form und in qualitativ hochstehender Ausführung. Die vielen Neuerungen und bemerkenswerten Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrotechnik bringen auf dieser Ausstellung in eindringlicher Weise den Beweis, welche Vorteile in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht uns heute die moderne Elektrizitätsanwendung geben kann.

Der Vorrat der Ausstellungshalle ist zum größten Teil ausgefüllt mit Tafeln und graphischen Darstellungen über die Stromerzeugung und den Stromverbrauch des städtischen Elektrizitätswerkes Karlsruhe. Drei große Tafeln zeigen die Stromnetze des Badenwerkes, die Anlagen des Mügg- und Schwarzenbachwerkes. Eine große Sammlung der Süddeutschen Kabelwerke Mannheim gibt einen schönen Überblick über das verschiedenartige Installationsmaterial. Die Konstat-A.-G. stellt eine große Mustertafel mit sämtlichen Neheiten im Bau von Schaltern zur Verfügung.

Das Beleuchtungswesen ist vertreten durch die Firmen Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Karlsruhe, Badische Handwerkskunst, Karlsruhe, Körting & Mathiesen A.-G., Leipzig, C. F. Otto Müller, Karlsruhe, Deutsche K. S. Lampen-Ges. und Schleich, Karlsruhe. Auf dem Gebiet der Lichttechnik sind große Fortschritte zu erkennen, wie die verschiedenen Arten der Beleuchtungskörper zeigen.

Englische Anerkennung für die deutsche Kohlenindustrie

Ein Mitglied des Verbandes der britischen Bergwerksdirektoren, **Mr. Gale**, aus Cardiff, der soeben von einer Studienreise zur Untersuchung der deutschen Kohlengebiete nach England zurückgekehrt ist, zollte laut „Morning Post“ der Lichtigkeit der deutschen Kohlenindustrie hohe Anerkennung. Er erklärte, die deutschen Industriellen seien sehr bestrebt, ein Abkommen mit der britischen Grubenbesitzern über die Bildung eines internationalen Kohlenmarktlagers für die beiden Länder zu treffen. Eine Konferenz habe bereits stattgefunden, um Mittel zum Zusammenwirken im gegenseitigen Interesse ausfindig zu machen.

Zur Frage der Arbeitsbedingungen in den deutschen Bergwerken teilte **Mr. Gale** mit, in Deutschland sei die Arbeit viel leichter, die Löhne seien allerdings geringer als in Süd-Wales, aber gut organisierte Wohlfahrtsvereine, Konsumgenossenschaften, billige Brennstoffe und andere Erleichterungen machten den Reallohn in beiden Ländern etwa gleich. Alle Schichten arbeiteten voll, und es gebe wenig Anzeichen von Arbeitslosigkeit. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern schienen auf einer besseren Grundlage zu stehen, als in England. Das Wohlfahrtswerk sei demjenigen in England weit voraus. Die Mitglieder des Verbandes britischer Bergwerksbesitzer, die Deutschland besucht haben, seien von der Wärme und Herzlichkeit der Begrüßung, die ihnen von den Leitern der Unternehmen in den westfälischen Kohlenbergwerken zuteil geworden seien, sehr angenehm berührt worden.

Die Mühlen für Scheuer

Der Verband deutscher Müller hat — wie aus Berlin gemeldet wird — mit der Deutschen Mühlenvereingung A.-G. Fühlung genommen, um die Grundlagen für ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dieser Gesellschaft zu schaffen. Die Fühlungnahme hat ergeben, daß die Ziele der Scheuer-Gruppe den Interessen der Binnenlandmühlen nicht nur nicht widersprechen, sondern daß im Gegenteil in den großen die Müllerei betreffenden Fragen die Ansichten der Deutschen Mühlenvereingung mit den Tendenzen des Verbandes durchwegs im Einklang stehen. Der Verband Deutscher Müller ist daher bereit, mit der Deutschen Mühlenvereingung an Maßnahmen zu arbeiten, die zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen geeignet sind. Es finden bereits Verhandlungen statt, die die Organisation der Zusammenarbeit zum Ziele haben und in aller Kürze zu praktischen, vor allen Dingen auch ausbaufähigen Ergebnissen führen dürften.

Zeitungsverbote im Elsaß

Wie verlautet, ist das neue Wochenblatt heimatrechtlicher Tendenz, „Die Zeit“, die am Samstag zum ersten Male in der Druckerei „Erwinia“ in Straßburg erscheinen sollte, unter der verantwortlichen Leitung des in dem bekannten Spionageprozess kürzlich freigesprochenen **Karl Baumann**, am Samstag nachmittag am Erscheinen verhindert worden. Gleichzeitig verlautet auch in politischen Kreisen Straßburgs, daß das neugegründete Halbwochenblatt der „Volkswille“, das heute zum ersten Male erscheinen sollte, ebenfalls verboten werden würde. Die erste Nummer der am Erscheinen verhinderten Wochenchrift „Die Zeit“ enthält u. a. einen Artikel, der sich gegen die Verdächtigungen Koinarés in seiner Februarrede bezüglich des Treibens einer „elenden Kette von Abenteurern, landfremden Elementen, verdächtigen Agenten und Intriganten“ scharf wendet, ferner einen zweiten Artikel, der sich gegen die Haltung des Straßburger Erzbischofs in der Angelegenheit der Heimatbewegung wendet.

Wahlvorbereitungen in England

Am Montag fand in London die erste Kabinettsitzung nach den Ferien statt. Diese Sitzung ist ein Ereignis von mehr als gewöhnlicher Bedeutung, da sie die Eröffnung des Feldzuges der Regierung im großen politischen Kampfe bedeutet, der mit den Wahlen im Mai oder Juni stattfindenden Neuwahlen zur Entscheidung gebracht werden wird. Wie verlautet, erstattete **Lord Cusendon** Bericht über die Verhandlungen in Genf. Ebenfalls wurde die Frage des englisch-französischen Flottenabrüstungsabkommens erörtert. Während der ganzen Woche werden in der konservativen Partei Beratungen über die Wahlvorbereitungen stattfinden. Am Donnerstag wird die konservative Parteikonferenz in Dartmouth eröffnet und man erwartet mit großer Spannung die Rede, die der Premierminister vor den Delegierten halten wird. Die Arbeiterpartei wird am nächsten Montag in Birmingham eine Konferenz eröffnen zur Erörterung des Programms, mit dem die Arbeiterpartei in den Wahlkampf treten wird. In der darauffolgenden Woche, am 11. und 12. Oktober, werden in Dartmouth die Liberalen ihre Konferenz abhalten, auf der das Wahlprogramm festgelegt werden soll.

Ein italienisch-griechischer Freundschaftsvertrag ist anlässlich des Besuchs des griechischen Ministerpräsidenten **Benizelos** in Italien unterzeichnet worden.

Für die Bedürfnisse der Industrie und des Handwerks werden eine große Anzahl von elektrischen Lötlampen und Lötgeräten von den Firmen **Sachs, Berlin-Lichtersfelde**, und **Piwusch & Co., Berlin** angefertigt, ferner verschiedene praktische Handwerkszeuge, darunter elektrische Handbohrmaschinen, Niet- und Meißelhammer u. a. m., vertreten durch die Firma **Wald Pfeiffer, Karlsruhe**.

Die Fortschritte in Elektromotorenbau zeigen eine große Anzahl von Motoren der Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und Brown Boverie & Co. Der Werkzeugmaschinenbau ist vertreten durch die Firmen **Drehstel Nachf., Karlsruhe, Fein, Stuttgart, Obermoser, Bruchsal, Pfeiffer, Karlsruhe, und Reimann, Freiburg**.

Schalt- und Sternschalter sind in großer Auswahl vorhanden von den Firmen **Altkämer, Köln-Bergental, und Schiele & Bruchsal, Baden-Baden**.

Die elektrischen Kochherde und Kochplatten von höchster Vollendung in Qualität und technischer Ausführung, bis zu den billigsten Kochplatten, die jedoch in der Qualität der verwendeten Materials den erstklassigen Ausführungen kaum nachstehen, geben ein geschlossenes Bild über Erzeugerfirmen.

Elektrische Wadepfen und Bannennwasserpfeifer sind in bekannter Güte von den Firmen **Brown, Boverie & Co., Cumulus-Werke, Freiburg, Junfers, Dessau, und C. F. Otto Müller, Karlsruhe**, vertreten.

Den breitesten Raum in der Ausstellung nehmen die elektrischen Geräte für Küche und Haushalt ein. Viele Firmen sind der Aufforderung gefolgt, zu zeigen, welche Fortschritte auf diesem Gebiete heute erzielt worden sind. Es würde hier zu weit führen, alle Namen und Erzeugnisse einzeln aufzuführen, und sollen auch nur einige genannt werden: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Alexander-Werk, Reichsbebt, Ehrlich & Grack, Ritter & Sohn, München, Stob, Mannheim.

Von den elektrischen Geräten, die noch für den Haushalt in Frage kommen und besonders Interesse verdienen, sind zu erwähnen die Waschmaschinen mit elektrischem Antrieb der

Badischer Teil

Reichsernährungsminister Dietrich bei der badischen Regierung

Reichsernährungsminister **Dermann Dietrich** reiste am gestrigen Montag in Karlsruhe und stieg im Laufe des Vormittags den Mitgliedern der badischen Regierung einen kurzen Besuch ab. Aus diesem Anlaß erfolgte durch den Staatspräsidenten **Dr. Remmel** die Einladung des Reichsernährungsministers zu einem Frühstück.

Die Ehrungen Geheimrat Siedingers

Die Landesschulbehörde beglückwünschte den Jubilar anlässlich seines 70. Geburtstages mit einer künstlerisch ausgeführten Adresse in Prachtband folgenden Inhalts:

„Die Badische Unterrichtsverwaltung ergreift den Anlaß des 70. Geburtstages des hochgeschätzten badischen Schulmannes **Dr. phil. Dr. med. h. c. Josef Anton Siedinger**, um ihre Dankbarkeit für seine Lebensarbeit und ihre Anerkennung seiner Verdienste zum Ausdruck zu bringen.“

Die Badische Unterrichtsverwaltung verehrt in **Dr. Siedinger** den langjährigen, hochverdienten Führer der Mannheimer Volksschule, den bahnbrechenden Vertreter neuer Gedanken in der Bildungsarbeit, den zielbewussten Vorkämpfer der zeitgemäßen Ausgestaltung des gesamten Schulwesens, den hervorragenden Förderer der Leibesübungen und der Jugendpflege.

Dem Veteran der Badischen Schulverwaltung die herzlichsten Glückwünsche.

Karlsruhe, 1. September 1928.

Der Minister des Kultus und Unterrichts.

gez. **Veers**“

Die Deutsche Turnerschaft verlieh „Die Ehrenurkunde“ dem Turnbruder **Anton Siedinger** vom T.V. von 1846, der als Leiter im Verein und zwei Gauen der D.T. unmittelbar gedient, vor allem aber als Leiter des Badischen Turnlehrervereins und von seiner Stellung als Stadtschulrat aus das Schulturnen und die gesamten Leibesübungen maßgebend beeinflusst und in ihrer Gestaltung wie in ihrem Ansehen wirksam gefördert hat.

Der Deutsche Reichsausschuss für Leibesübungen verlieh „dem Vorkämpfer neuzeitlichen Schulturnens“ die große „Adlerplattine“.

Das Stadtschulamt Mannheim stellte „im Gedenken an den langjährigen, verdienstvollen Leiter des Mannheimer Volksschulwesens auf den 21. September 1928 als „Preisgabe für die Lehrerschaft“ das Thema „Der heimatkundliche Unterricht in der Grundschule der Mannheimer Volksschule“. Als Preis ist mit Genehmigung des Oberbürgermeisters die Summe von 500 Reichsmark ausgesetzt.

Der Badische Lehrerverein sandte ein Glückwunschschreiben, in dem es heißt: „Ihre Lebensarbeit galt der Hebung von Schule und Lehrerstand, das wird Ihnen unvergessen bleiben. Selbst dort, wo wir mit Ihnen etwa über den Weg verschiedener Meinungen waren, gab es doch im Ziel und im aufrichtigen ehrlichen Willen keine Meinungsverschiedenheit zwischen Ihnen und der badischen Lehrerschaft. Auch Ihre Arbeit zur Förderung der harmonischen Ausbildung des jungen Menschen durch stärkere Anerkennung der Körperkultur hat weit über die Grenzen unseres engeren und weiteren Vaterlandes hinaus nicht nur Anerkennung, sondern vielfach Beachtung gefunden. Den idealistischen Abschlus aber: den Ihre Arbeit finden konnte, geben Sie bei unserer Jubiläumstagung auf Grund einer langen Lebenserfahrung in einem überwältigenden Bekenntnis zur badischen Simultanschule als der besten Grundlage eines nationalen und staatlichen Bildungswesens des neuen Deutschlands.“

Wöge Ihnen noch manches sonnige Jahr freudiger Uberschau über das Gewollte und Gewordene beschieden sein, und möchten Sie uns wie in der Vergangenheit so auch für die Zukunft ein treuer Freund und Berater bleiben.“

Die zweite Stufe des Schlachtwerkes

Auf der Monatsversammlung der Zentrumspartei in Waldbühl führte der Landtags- und Reichstagsabgeordnete **Dr. Föhr** auf eine Anfrage hin aus, daß er über den Ausbau der zweiten Stufe des Schlachtwerkes noch nichts Bestimmtes sagen könne. Man mache sich gar keinen Begriff, wie schwer es sei, die erzeugte Kraft abzugeben. In diesem Punkte müßte man auf die Mitwirkung der Rheinisch-Weisfälischen Elektrizitätswerke und Württemberg hoffen. Der Ausbau der zweiten Stufe könne aller Voraussicht nach erst dann erfolgen, wenn die Gemeinden sich an dem Werk beteiligen. Was das Kraftwerk Dogern anbelange, so sei in der Denkschrift der Regierung erklärt, daß dieses Werk wohl in aller nächster Zeit gebaut werden soll. Bezüglich dem projektierten Kraftwerk Säckingen, dessen Energieerzeugung 48 000 Kilowatt beträgt, glaubt **Dr. Föhr**, mit sehr großer Rentabilität rechnen zu können.

Firma **Poensgen A.-G., Mannheim**, Fabrik, Düsseldorf-Kath., und die elektrischen Bügeleisen der Firmen Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Körting & Mathiesen A.-G. und Stob.

Die Anwendung der Elektrizität im Bureau zeigt ein Schreibzimmer der Firma **Friedmann & Sommer, Mannheim**, mit sämtlichen elektrischen Bureauapparaten.

Besonders zu erwähnen ist eine vollkommen eingerichtete Damenschneiderwerkstätte mit Anprobierraum, gestellt von der Damenschneiderinnungsgewinnung Karlsruhe, wo auch die Firma **Leibheimer & Meude**, hier, einen dekorativen Aufbau ihrer Stoffe zeigt. Die Firma **Mappe, Karlsruhe**, ist mit Nähmaschinen vertreten. — Die Firma **Hummel, Karlsruhe**, brachte zwei eingerichtete Freizeurloungs zur Ausstellung. Die Firmen **Konrad Schwarz, Karlsruhe**, und **E. Schmidt & Conf., Karlsruhe**, zeigen zwei schön eingerichtete Baderäume. Das von **Markstähler & Warth** gelieferte Schaufenster wurde ausgestattet von den Firmen **Gesdm. War (Zub. Schmitt), Bloß, Lindenlaub, Wilhelm Stern, Weinig und Wolf-Fort Louis**. Die Einrichtungen für die Zimmer und Küchen wurden von den Möbelfabriken **Billing & Joller, Karlsruhe, Markstähler & Warth, Karlsruhe, Reutlinger, Karlsruhe, dem Möbelhaus Karl Aug. Marx, Karlsruhe, den Schreinermeistern **Martin, Karlsruhe, und Niegger, Gagsfeld**, zur Verfügung gestellt. Zur weiteren Ausstattung trugen ferner bei: **Kunstmaler **Hermann, Bückle (Zub. Vertsch), Gerber & Schwamitz, Schaefer (Werberplatz), Siemens Halske**.****

Die Tapezierer der Räume haben die Tapetenfabriken **Bammatal A.-G., Sebatin in Bammatal, Grismann, Weisach und Salubra A.-G., Grenzach**, zur Verfügung gestellt.

Die Ausstellung bietet weiten Kreisen der Bevölkerung und der Industrie eine Fülle von Material, welches durch seine Vielseitigkeit den Besuch der Ausstellung für jeden lohnend gestaltet, der seine Erfahrungen und sein Wissen über moderne Elektrizitätsanwendung erweitern will. Wir behalten uns vor, auf Einzelheiten noch zurückzukommen.

H

Zahlung von Militärrenten

Das Hauptverwaltungsamt Karlsruhe teilt mit: Mit Rücksicht darauf, daß der 30. September auf einen Sonntag fällt, wird mit der Zahlung der Militärrenten bei den Postanstalten bereits am 28. September begonnen. Die Militärrenten können daher in diesem Monat bereits am Freitag, den 28. September, bei der zuständigen Postanstalt abgeholt werden.

Die Donauversicherung

Die Stadt Tuttlingen hat eine Abordnung zum württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz geschickt, um die Regierung zu neuen Schritten in der Angelegenheit der Donauversicherung oberhalb Tuttlingens zu veranlassen. Der Staatspräsident teilte der Abordnung mit, daß die württembergische Regierung sich erneut an den deutschen Staatsgerichtshof wenden werde, um ein Endurteil herbeizuführen. Ebenso werde die württembergische Regierung sich in einem Schreiben an die badische Regierung wenden, um diese zur Beschleunigung der Beendigung des Streitfalles zwischen Württemberg und Baden zu bewegen.

Mannheim-Heidelberg

Der neue Oberbürgermeister Dr. Heimerich veröffentlicht in der „Neuen Mannh. Ztg.“ Darlegungen über die Beziehungen der beiden Städte Mannheim und Heidelberg, in denen er u. a. ausführt:

Langsam wachsen die beiden Städte in ihrer baulichen Entwicklung einander zu. Mannheim zumal hat fast nur den Weg nach dem Osten frei, der nach Heidelberg führt. Spezialvereinbarungen zwischen Mannheim und Heidelberg seien heute schon erreichbar. Er denke zunächst an die Herstellung einer Verkehrseinheit im Straßenbahn-, Omnibus- und Lokalbahnverkehr, dann an die einheitliche Versorgung mit Gas und Elektrizität. Eine gemeinschaftliche Lösung anderer wirtschaftlicher Fragen könnte später folgen. Von besonderer Wichtigkeit erscheine ein gemeinsamer Bebauungsplan und eine gemeinsame Bodenpolitik, die sich vor allem auf das Gebiet zwischen Heidelberg-Weiltingen und Sodenheim erstrecken müßten. Nicht minder wichtig sei es etwas wie ein gemeinsamer Kulturplan zwischen den beiden Städten. Hier könnte etwas Einzigartiges geschaffen werden, wenn es gelänge, auch noch Schwetzingen mit seinem Schloß und Park in dieses Kulturprogramm einzubeziehen. Die Theaterfrage könne in befriedigender Weise nur gemeinsam gelöst werden. Auf dem Gebiete der Verkehrsverbände, des Ausstellungswesens und anderer Veranstaltungen könnte im Interesse der Kraftvereinerung und auch der finanziellen Ersparnis vieles zusammen unternommen werden. Viel komme auf die leitenden Persönlichkeiten an und daher sei auch für Mannheim die Wahl des Heidelberger Oberbürgermeisters von wesentlicher Bedeutung.

Tagungen

Verbstagung der Badischen Turnführer. Die Zeitung des X. Deutschen Turnkreises (Baden) hatte für den Sonntag ihre Hauptversammlung nach Bretten geladen zur Aussprache über die laufenden Verwaltungsfragen, welche die Führung der 76 000 Mitglieder zählenden Körperschaft mit sich bringt. Das große Wälder Turnfest, bei dem bekanntlich der badische Kreis hervorragend abgeschnitten hat, verlangte nach die Regelung mancher Frage. Der badische Turnführer wird im Laufe des Winters in den 570 Kreisvereinen über die Leitlinien laufen. Weiterhin galt die Arbeit der Vorbereitung des Beratungskongresses für den großen Kreisturntag, der am 20. und 21. Oktober in Forstheim stattfinden und mit dem eine Feier des 150. Geburtstages des Turnvaters Rahn verbunden wird. Der Tagung ging am Vorabend eine wohlgelungene Jahrsfeier des Turnwesens Bretten voraus.

Der Badische Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt am Samstag und Sonntag in Baden-Baden die 21. Hauptversammlung ab. Syndikus Dr. Eitwein, Freiburg, referierte über „Streitfragen durch die Baugewerksordnung“. Redner wünscht, daß diese wichtige Verordnung das allgemein anerkannte Recht für alle Bauleistungen werde. Das Submissionswesen wurde in eingehender Aussprache erörtert und getadelt, daß die Behörden bei der Vergabe von Bauarbeiten die Preisbrüdererei begünstigten. — Vorsitzender Mayer sprach dann über „Kritische Betrachtungen über die Gewerbesteuer im Baugewerbe und die Baumeisterfrage“. Die im Baugewerbe bestehende schrankenlose Freiheit habe zu unbilligen Zuständen geführt. Ungeeignete Personen müßten aus dem Baugewerbe ausgeschlossen werden. Dr. Fischer machte Ausführungen über die Verhältnisse im Schweizer Baugewerbe. Den Abschluß der Tagung bildeten zwei Referate, die bautechnische Fragen betrafen.

Die oberbadischen Baugewerkschaften. In Triberg fand eine Versammlung der Vorstände der oberbadischen Baugewerkschaften statt, der auch der Vorsitzende des Verbandes badischer gemeinnütziger Bauvereinigungen, Regierungsrat Dr. Köhler, Bruchsal, anwohnte. Die Verhandlungen erstreckten sich besonders auf die Beibehaltung der Gebührenfreiheit bei Grundbuchgeschäften und gemeindefreien Schätzungen, Übernahme von Bürgschaften durch den badischen Staat bei Darlehensaufnahmen, Mietzinsberechnungen, Finanzierung von Neubauten und Verlängerung des Gebietes über Steuerfreiheit bei Neubauten. Der bisherige Vorsitzende, Sparfassenassessor Schäfer, Billingen, wurde wiederum auf zwei Jahre gewählt.

Katholischer Arbeitstag. Am Sonntag hat in Mannheim ein katholischer Arbeitstag stattgefunden. Dem Festzug folgten etwa 2000 Mann. Fünf Transparente wurden mitgetragen und gaben Kunde vom Sinn und Willen katholischer Arbeiterschaft. In der anschließenden Kundgebung sprach Landtagsabgeordneter Heurich.

Jahrestagung der freien Deutschen Akademie des Städtebaus. Die Akademie des Städtebaus hält zur Zeit ihre sechste Jahrestagung in Heidelberg ab, die am Sonntagabend in der Stadthalle mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Geheimrat Prof. Dr. Briz, Charlottenburg, eröffnet wurde. Es sind etwa 80 Teilnehmer anwesend. Der bekannte Vortragsredner, Prof. Rosa Schmidt, hielt einen interessanten Vortrag über Bilder zur Geschichte des Städtebaus. Der Redner vertrat die Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sei, beim Ausbau der Städte die Wege der alten Erfahrungen zu verlassen, sondern man müsse auf ihnen weiterbauen. Die moderne Forderung, die den historischen Boden verläßt, verwirft der Redner. Die Schwierigkeiten beim Anlegen der Städte seien zu allen Zeiten die gleichen gewesen.

Aus den Parteien

In Baden-Baden fand eine Besprechung des Bezirksverbandes National der Deutschen Volkspartei statt. Als Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen wurden an erster Stelle Verlagsdirektor Fiegler in Baden-Baden, an zweite Stelle Landrat Krißler in Nastatt aufgestellt.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Kammlach (Heidelberg) wurde der Kandidat der bürgerlichen Gruppen, Gerichtsverwalter Emil Müller, Heidelberg, gewählt. — In Stadelhofen (bei Oberkirch) wurde der Landwirt Theodor Zimmerer mit großer Mehrheit zum Gemeindeoberhaupt gewählt.

Das Mannheimer Nationaltheater und der Musikerverband. Zu Ende des Jahres 1925 sind zwischen der Stadt Mannheim und dem Orchester des badischen Nationaltheaters in Mannheim Differenzen entstanden, die mit der Kündigung einer Anzahl der Musiker und der Verhängung der Verbandsperre des Mannheimer Nationaltheaters durch den Deutschen Musikerverband endigten. Die Stadt Mannheim hat dann wegen Verhängung dieser Sperre gegen den Deutschen Musikerverband Klage auf Schadenersatz erhoben und hat einen Schaden von 80 000 M geltend gemacht. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hatte diese Ansprüche der Stadt Mannheim abgewiesen, in gleicher Weise auch der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts, der sich am Montag mit dieser Angelegenheit letztinstanzlich befaßte. Damit ist das Reichsgericht den Gedanken gängen beigetreten, die der Deutsche Musikerverband geltend gemacht hatte und wonach die Verhängung der Verbandsperre über das Nationaltheater keinen Verstoß gegen die guten Sitten darstelle, sondern lediglich eine im Arbeitskampfe der heutigen Zeit anzunehmende Maßnahme.

Der Bürgerausschuß Heidelberg genehmigte den Voranschlag für das Jahre 1928/29. Die Steuererträge betragen für das Grundvermögen 90 000 M, Betriebsvermögen 36 000 M, Gewerbeertrag 540 000 M, je pro 100 M.

Aufhebung des Stadtbauamts in Wallbühl. Aus Sparmaßnahme ist in Wallbühl die vorläufige Aufhebung des hiesigen Stadtbauamts geplant.

Die Forstheim Umlage für 1927. Der Haushaltsplan der Stadt Forstheim für das Rechnungsjahr 1927 wurde wie folgt endgültig festgelegt: Gesamtausgaben 14 490 495 M, Gesamteinnahmen 12 554 485 M. Zum Ausgleich des Fehlbetrags in Höhe von 1 936 010 M sollen als endgültige Gemeindesteuer 124 Hundertteile erhoben werden, also von je 100 M Steuerwert des Grundvermögens 62 Pf., des Betriebsvermögens 25 Pf. und von je 100 M Gewerbeertrag 3,72 M.

Abgelehnter Voranschlag. Die Gemeinde Gonselsheim (Bretten) hat den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928/29, der bei 9488 M Ausgaben und 74490 M Einnahmen, einen ungedeckten Aufwand von 24900 M aufweist, abgelehnt.

Eine Erklärung des Kurierleiters von Hochwälder in Baden-Baden. Kurierdirektor von Hochwälder, der zur Zeit zu den Sitzungen des Räderverbandes abwesend ist, veröffentlicht eine Erklärung zu dem in der Frankfurter „Fadel“ gegen ihn erschienenen Artikel. Er lehnt es ab, sich mit dem genannten Blatt auseinanderzusetzen und betont, daß er sich lediglich seiner vorgesehnen Behörde gegenüber zu verantworten habe. Dies sei geschehen, und das Ergebnis aus den Erklärungen des Oberbürgermeisters, die in der Presse veröffentlicht wurden, zu ersehen. Herr von Hochwälder stellt fest: „Die in der „Fadel“ aufgestellten Behauptungen sind unwahr und mit den Tatsachen nicht übereinstimmend. Meine Kündigung zum 1. April nächsten Jahres steht in keinem Zusammenhang mit dem Kampfe der „Fadel“ oder den in ihm behaupteten Verhättnissen.“

Nastatt und die Baden-Badener Kanalisation. Der Bürgerverein der Ludwigsvorstadt in Nastatt nahm in einer Protestversammlung Stellung gegen die Baden-Badener Schwemmkanalisation. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde scharfer Protest gegen die anbauende Verpflanzung des Losschwammers und der ganzen Umgebung in Losbachnähe durch Hausgasse erhoben. Die Versammlung forderte die zuständigen Stellen auf, dahin zu wirken, daß die Stadt Baden-Baden diesen unhygienischen Zustand in kürzester Frist beseitige.

Die Stadtfinanzen von Laht. Der Bürgerausschuß Laht wird sich demnächst mit dem städtischen Voranschlag zu befassen haben. Für 1927 haben die Ausgaben der Stadthauptkasse den Voranschlag für dieses Jahr bereits um neun Proz. überschritten; es konnte aber die Mehrausgabe durch erhöhte Einnahmen vollständig gedeckt und ein Einnahmehüberschuß von etwa 3000 M erzielt werden. Der Voranschlag für 1928 ergibt Einnahmen in Höhe von 1,6 Millionen (im Vorjahre 1,4), Ausgaben in Höhe von 2,2 Mill. (im Vorjahre 2,0 Mill.). Der ungedeckte Aufwand beläuft sich auf 602 000 M, gegenüber 606 000 M im Vorjahre. Bei der Durchführung der laufenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1928 wird man mit größter Sorgfalt verfahren müssen. Die Umlagen sollen wie folgt festgelegt werden: Grundvermögen 60 Pf., Betriebsvermögen 24 Pf. und Gewerbeertrag 300 Pf. Für die Durchführung des Straßenbauprogramms wird man mehrere hunderttausend Reichsmark aufwenden müssen. Die Lasten für das Schulwesen sind um 32 000 M höher als im Vorjahre, die für die gehobene Fürsorge um 22 000 M höher. Die Steuererträge an sich werden also gegenüber dem Vorjahre erhöht werden, und zwar beim Grund- und Betriebsvermögen um je 50 Proz., ferner soll eine Umlage von 200 Proz. der Grundsteuererträge für 1928 zur Erhebung kommen.

Förderung des privaten Wohnungsbauwesens in Rehl. Die Sparkasse der Stadt Rehl hat für die Förderung des privaten Wohnungsbauwesens 250 000 M zur Verfügung gestellt. Die Stadt selbst hat der Sparkasse gegenüber die Ausfallbürgschaft für die aus dieser Summe bewilligten Darlehen übernommen, außerdem leistet sie an die Sparkasse Zinszuschüsse in einer solchen Höhe, daß die Sparkasse die Darlehen zum Zinssatz von 6 Proz. gewähren konnte. Die bereitgestellten Mittel sind jetzt restlos vergeben, neue Mittel sollen vorläufig nicht bereitgestellt werden.

Der Bau des städtischen Krankenhauses St. Marien ist gesichert. Nachdem die Verhandlungen über Geländeerwerb und Finanzierung sich bereits seit zwei Jahren hingezogen haben, befaßte sich am Donnerstag der Bürgerausschuß in vierstündiger Beratung in der Hauptsache mit diesem Thema, der Errichtung eines neuen Krankenhauses auf dem Galbarienberg. Die Baukosten einschließl. sämtlicher Einrichtungen modernster Art für 70 Betten betragen 1,15 Millionen Reichsmark, die durch Darlehen gedeckt werden. Davon werden geleistet: 500 000 M von der Badischen Girozentrale aus der badischen Kommunalanleihe von 1927, 350 000 M von der Landesversicherungsanstalt Baden und 300 000 M von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die Tilgung erfolgt nach dem aufgestellten Plane innerhalb 28 bzw. 28 Jahren. Die Anträge des Gemeinderates wurden mit großer Mehrheit nach langen Debatten genehmigt. — Ferner wurde dem Geländeerwerb zum Bau der ersten Teilstrecke der neuen Entlastungsstraße und der Errichtung einer Gehweganlage an der Hauptstraße die Genehmigung erteilt. Die Arbeiten können bei günstiger Witterung noch in diesem Jahre begonnen werden, für die Arbeitslose herangezogen werden sollen.

Aus dem Freiburger Stadtrat. Stadtrat Joll, der bei allen Funktionen des Bürgerausschusses im hohen Ansehen steht, hat Freiburg verlassen, um einen Posten als Vorsitzender des Arbeitsamtes Offenburg zu übernehmen. Er war zuletzt Leiter des Freiburger katholischen Volksbüros.

Ausbau des Feuerlöschwesens in Billingen. Zur Ergänzung der Feuerlöschrichtungen in Billingen hat der Stadtrat beschlossen, eine zweite Motorspritze mit aufmontierter Auszugsleiter sowie zwei weitere Auszugsleitern anzuschaffen. Durch diese Anschaffung wird die Bildung eines zweiten Löschzuges und einer neuen Meldeanlage erforderlich. Zur Baldbrandbekämpfung wird die Feuerwehr mit einer größeren Anzahl Sägen und Bandsägen ausgerüstet. Auch erhalten mehrere Fortstärker Telefonanschlüsse zur raschen Meldung von etwaigen Waldbränden und Unfällen.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Eine weit bekannte und beliebte Persönlichkeit, der Großkaufmann Leop. Fiebig, der hier eine Drogen- und Chemiefabrikation betrieb, ist, 67 Jahre alt, an einem Schlaganfall gestorben.

Von der Haupttagung des Landesvereins Badische Heimat. Als Abschluß der Haupttagung des Landesvereins Badische Heimat in Karlsruhe steht eine Autofahrt von Karlsruhe nach Nastatt in Aussicht, wofür die Teilnehmer aus dem ganzen Lande durch Oberbürgermeister Kemmer begrüßt und durch das Nastatter Schloß wie durch Schloß Favorite geführt werden. Die Führung wird Dr. G. Peters, Leipzig, übernehmen, der sich um die Erforschung der Baugeschichte des Nastatter Schlosses hervorragende Verdienste erworben hat.

Das Karlsruher Schwurgericht beurteilte am Montag nach zweifelhafte Beratung den Angeklagten Gatterthum wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 4 1/2 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Schäfer ebenfalls zu 4 1/2 Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge und erschwerter Körperverletzung. Saß erhielt wegen erschwerter Körperverletzung und wegen Raufhandels 10 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft seit 19. April wird sämtlichen Angeklagten angerechnet. Gegenstand des Prozesses war eine schwere Messerfärberei, die sich am Abend des 17. April auf der Kaiserstraße und im Gange der alten Brauerei Kammerer in der Waldhornstraße zugetragen hat. Die Angeklagten waren zuerst in der Wirtschaft „Grüner Berg“ mit dem 24-jährigen Händler Otto Julius Zubrod aneinandergesessen, der sie mit dem Messer bedrohte. Zubrod wurde von den Angeklagten in der Richtung auf den Marktplatz verfolgt. Unterwegs verfechtete Gatterthum ihm einen Stich in das Gesicht. Zubrod flüchtete in die Wirtschaft „Alte Brauerei Kammerer“, wo ihm vom Wirt das Messer abgenommen und er wieder hinausgewiesen wurde. Im Gange gerieten die Angeklagten mit ihm heftig aneinander. Gatterthum verfechtete ihm mit einem Dolchmesser, das ihm Schäfer gegeben hatte, sechs Stiche in den Bauch, während der Schwerverletzte von den beiden anderen mit Schlagringen und Fußtritten mißhandelt wurde. Kurze Zeit darauf erlag Zubrod seinen schweren Verletzungen. — Heute vormittag begann ein Meineidsprozeß gegen den Landwirt und Gemeinderat Adolf Engel aus Söllingen (Amt Nastatt), der sich seit dem 18. Mai in Untersuchungshaft befindet.

Der Tarifstreit im Gastwirtsgerwebe von Karlsruhe ist beigelegt, nachdem der stellvertretende Schlichter für Baden den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 27. August für verbindlich erklärt hat.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 26. September, gelangt Leo Tolstois Drama „Und das Licht scheinet in der Finsternis“, nach seiner erfolgreichen Uraufführung zur ersten Wiederholung. — Am Samstag, den 29. September, geht des vor 20 Jahren verstorbenen badischen Dichters Emil Götzs Lustspiel „Der Schwarzwälder“ neuinszeniert in Szene.

I. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheaterorchesters. Die Sinfoniekonzerte des badischen Landestheaterorchesters, schon immer das Zentrum unseres Musiklebens und in den letzten Konzertwintern zu besonders repräsentativem Ansehen gebracht, nehmen nächstem wieder ihren Anfang. Nach dem jetzt veröffentlichten Gesamtprogramm steht eine Reihe höchst bedeutsamer Abende bevor. Nicht nur bringen die Veranstaltungen eine große Anzahl bekannter Meisterwerke der klassischen und romantischen Musikliteratur zur Aufführung, sondern sehen auch mehrere Novitäten vor. Mit großer Genugtuung werden außerdem die Musikfreunde erkennen, daß für die 10 Konzerte diesmal ganz hervorragende Solisten verpflichtet sind und die Vortragsfolge jeweils zu vollendet künstlerischer Einheit runden. Gleich beim Eröffnungskonzert, das Montag, den 1. Oktober, stattfindet, wirkt kein geringerer als Professor Carl Fiebig mit, der berühmte Dirigent der klassischen Badener Kammermusikfesten. Seine Darbietung des Beethovenischen Sinfoniekonzertes wird zweifellos zu einem der feinsten und lebendigsten des Konzertsaales werden. Mit dem zweiten Brandenburgischen Konzert von Bach, bei dem die Herren Voigt, Spittel, Kämpfe und Zahn solistisch beteiligt sind, beginnt der Abend, seine zweite Hälfte füllt unter Generalmusikdirektor Josef Krips Leitung die Jupiter-Sinfonie von Mozart. Hoffentlich findet gleich das erste der diesjährigen Konzerte, von denen jedes ein „Ereignis“ zu werden verspricht, in den weitesten Kreisen der musikalisch interessierten Schichten die gebührende Resonanz.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Von der Wiskaya bis nach dem Baltikum ist jetzt eine flache Tiefdruckrinne mit mehreren Teiltiefs hergestellt, die uns von der weiteren Zufuhr von Polarluft abschneiden. Mit Rückziehen des Windes nach Südwest trat daher im ganzen Lande wieder leichte Erwärmung ein. Die Nachtfrostgefahr im Gebirge ist daher vorläufig beseitigt. Über Europa hat ein allgemeiner Ausgleich der Druckverhältnisse begonnen. Das Hochdruckgebiet in Nordwesten ist durch ozeanische Warmluft, die bei Island vorgedrungen ist, teilweise abgedeckt worden, während im Nordosten das Tiefdruckgebiet durch Einbruch der Polarluft bereits an Energie verloren hat. Auf dem Festland liegt noch ein flacher Hochdruckrest über den Alpen, unter dessen Einfluß wir vorwiegend heiteres und trockenes Wetter mit langsam fortschreitender Erwärmung zu erwarten haben. **Wetterausblick für Mittwoch:** milder, vorwiegend heiter und trocken, leichte südliche Winde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Sept.		24. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.04	168.38	168.08	168.40
Kopenhagen 100 Kr.	111.74	111.96	111.71	111.93
Italien . . . 100 L.	21.91	21.95	21.925	21.965
London . . . 1 Pf.	20.313	20.359	20.322	20.362
New York . . 1 D.	4.266	4.274	4.1910	4.1990
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.36	16.40
Schweiz . . . 100 Fr.	80.61	80.77	80.625	80.785
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	58.99	59.11
Brag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.42	12.44

Kurze Nachrichten aus Baden

16. Mannheim, 24. Sept. Am Samstag fanden Passanten im Walde, nahe der Altkrieger Fähr, den Polizeioberwachmeister Hugo Huber, der in Mannheim Dienst tat, erschossen auf. Es liegt Selbsttötung vor. Über die Gründe, die den pflichttreuen Beamten zu dieser Tat veranlaßt haben, ist bisher noch nichts bekannt. Oberwachmeister Huber war seit 1920 bei der Mannheimer Polizei im Dienst. Er war kinderlos verheiratet.

17. Schwetzingen, 24. Sept. Zum Gedächtnis des badischen Heimatdichters Johann Peter Debel, dessen Todestag bekanntlich gestern war, veranstalteten die Schwetzingen Hebelreue zum zweitenmal den Hebeltrunk. Am Vormittag fand am Grab des Dichters eine Feier statt, die Weiberode hielt Pfarrer Dehr. Im Auftrage des Verkehrsvereins und der Ortsgruppe der Badischen Heimat legte er einen Kranz am Grab nieder. Am Nachmittag trafen sich die Freunde zum Hebeltrunk im „Goldenen Birn“. Dr. Baffermann begrüßte die Versammlung und gab einen kurzen Abriss aus dem Leben und Werk des oberbadischen Dichters, der auch noch heute im Herzen des badischen Volkes lebe.

18. Strümpfelbrunn, 24. Sept. Unser verehrter Bürgermeister Jakob Hrig hier begeht am Freitag, den 28. Sept., seinen 70. Geburtstag. Er kann in diesem Jahr auch auf eine verdienstvolle, ununterbrochene 35jährige Amtszeit als Bürgermeister der hiesigen Gemeinde zurückblicken. In dem ehem. Amtsbezirk Eberbach ist Hrig der dienstälteste Bürgermeister.

19. Buchen, 24. Sept. Mit staatlicher Unterstützung wurde unter Leitung des staatlichen Bauamtes Wertheim das Wohnhaus des vor Jahresende verstorbenen Schöpfers des Bezirksmuseums Buchen, des Hauptlehrers a. D. Karl Trunzer, erneuert. Das Gebäude dürfte das älteste und schönste Denkmal alter Holzbaufkunst in Buchen sein, zudem repräsentiert es ein Stück Stadtgeschichte. Mit der Erneuerung dieses Hauses ehrt die Stadt nicht nur das Andenken Karl Trunzers, der hier viele Jahre gewohnt, sondern auch das Andenken des heimatischen Komponisten J. M. Kraus, der hier seine Jugendjahre verlebte. Eine neue, der Bauart des Hauses entsprechende Gedenktafel wird an dem Hause angebracht werden.

20. Liebolsheim, (Bez. Karlsruhe), 25. Sept. Heute nacht gegen 1 Uhr brach in der Scheune des Landwirts Wöbelbecker ein Brand aus, der sich mit rasender Geschwindigkeit nach zwei Seiten ausbreitete, so daß in kurzer Zeit 13 Scheunen mit beträchtlichen Futtermittel- und Erntevorräten von den Flammen ergriffen wurden. Die Freiwilligen Feuerwehren von Graben, Ruppheim, Hochstetten und Linxheim waren im Verein mit der hiesigen Wehr gegenüber dem sich rasch ausbreitenden Element machtlos. Zudem herrschte starker Westwind. Der Brandplatz ist derselbe wie im August vorigen Jahres, wo bekanntlich 40 Scheunen den Flammen zum Opfer fielen. Der Schaden läßt sich noch nicht überblicken.

21. Stigheim, 24. Sept. Der glänzende Besuch des Telfiels in Stigheim hält immer noch unvermindert an. Die beiden letzten Sonntagsspieltage waren trotz der kühleren Bitterung wieder reißend ausverkauft. Am letzten Sonntag besuchte der Deutsche Metallarbeiterverband von Karlsruhe, Rastatt, Baden und Umgebung in Stärke von etwa 1400 Personen das Spiel. Das Spiel wurde auch von Kultusminister Dr. Beer mit Familie besucht. Es sind noch zwei Sonntage (30. Sept. und 7. Okt.) für das Telfispiel vorgesehen.

22. Singen a. S., 24. Sept. Die Säbnermutterfarm des Diplom-Landwirts Dr. Hübner, Stuttgart, in ihrer vorbildlichen Anlage gab Anregung zur Schaffung eines Zusammenschlusses der Geflügelzüchter des Hegaus und Randens. Zur Zeit ist eine große Schlachtbühnenanlage der Schweiz mit Dr. Hübner in Verbindung getreten zwecks Anlage einer Großmutterfarm, die mit amerikanischen Leghorns besetzt werden soll.

Verschiedenes

Das Bildfunksystem
Der Reichspostminister hat dem Antrage des Bildfunkkommissars, zu Versuchszwecken Bilder durch Rundfunk zu verbreiten, zugestimmt. Hierbei soll zunächst das Fotograph-Bildfunksystem erprobt werden. Die zur Übermittlung kommenden Bilder sollen von der Fotographgesellschaft geliefert und zu bestimmten Zeiten über den Deutschlandsender Königs- wusterhausen ausgesendet werden.

Die Aufnahme soll regelmäßig durch eine Anzahl über Deutschland verteilter Bildempfangsstellen erfolgen. Die hierzu erforderlichen Apparate werden von der Reichsrundfunkgesellschaft und der Fotographgesellschaft einzelnen Rundfunkgesellschaften sowie besonders interessierten Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt. Das gesammelte Material wird nach Ablauf der Versuchszeit unter dem Gesichtspunkte geprüft, ob der Bildfunk in seiner heutigen Form für die große Masse der Rundfunkhörer in das Programm aufgenommen werden kann, und ob die Bildsendungen eine Bereicherung des Programms darstellen. Das Reichspostministerium behält sich vor, den Versuchsbetrieb jederzeit einzustellen. Rundfunkgenehmigungsinhaber, die sich ein Bildempfangsgerät anschaffen, tun dies auf eigene Gefahr.

v. Hünefeld in Indien gelande.
H.H. Bombay, 25. Sept. (Tel.) Wie aus Karachi gemeldet wird, ist v. Hünefeld mit der „Europa“, von Buschir kommend, dort gelandet. Er hat die Strecke während der Nacht zurückgelegt.

Kälte in Frankreich
H.H. Paris, 25. Sept. (Tel.) Die Morgenblätter berichten über die Temperaturangaben, die das Einsetzen der Kälte in der Provinz bestätigen. Es wurden festgestellt in der Auvergne 8 Grad, in den Vogesen 4 Grad und an der Loire 3 Grad unter Null.

Der Theaterbrand in Madrid
Die Zerstörung des Theaters Novedades in Madrid stellt die schrecklichste Katastrophe dar, die je über die Bevölkerung der spanischen Hauptstadt hereingebrochen ist. In den Morgenstunden waren über 75 Leichen geborgen, doch befinden sich zweifellos noch zahlreiche weitere Opfer unter den Trümmern. Die Vergungsarbeiten gestalten sich überaus schwierig, da das ganze Dach auf den Zuschauerraum gestürzt ist. Die Künstler, die Musiker und die Theaterhandwerker konnten fast alle durch die hinteren Türen das Theater rechtzeitig verlassen. Die Feststellung der genauen Totenzahl wird noch einige Zeit dauern. Die Zahl der Vermissten scheint sich auf 400 zu belaufen. Das Theater war im Jahre 1850 erbaut worden.

Die Opfer der Tornadokatastrophe
H.H. West-Palmbeach, 25. Sept. (Tel.) Nach den neuesten, gestern vom Roten Kreuz herausgegebenen Rissen beträgt die Zahl der Todesopfer, die der Tornado in Florida gefordert hat, 2900.

Staatsanzeiger

Ac. 93 771. Steuerabzug vom Arbeitslohn
An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und ihre Aufsichtsbehörden:
Nach dem zweiten Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 23. Juli 1928 — Reichsgesetzblatt I Seite 290 — treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 für Entlohnung von Dienstleistungen aus der Zeit nach dem 30. September 1928 weitere wichtige Änderungen im Steuerabzugsverfahren ein. Sie betreffen

1. eine Abrundung des Bruttoarbeitslohnes und
 2. eine Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer um 25 v. H., höchstens um 3 M monatlich an Stelle der bisherigen Ermäßigung der Steuer um 15 v. H., höchstens 2 M monatlich.
- Das Nähere ist ersichtlich aus dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 6. August 1928 IIIe 3400, abgedruckt in Nr. 20 des Reichsbesoldungsblattes vom 29. August 1928 Seite 166. Amtliche Tabellen zur Berechnung des Steuerbetrages sind durch den Verlag der Reichsdruckerei, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 106, unentgeltlich zu beziehen. Merkblätter für den Steuerabzug vom Arbeitslohn sind bei den einzelnen Finanzämtern unentgeltlich erhältlich. Karlsruhe, den 21. September 1928.
Der Minister des Innern
Kempfle

Zusammenfassung
Dem Deutschen Nationalverein (Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e. V. in Berlin SW 11) wurde unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und der badischen Ausführungsverordnung dazu vom 24. Februar 1917 die Genehmigung erteilt, den von ihm herausgegebenen Kolonialkalender zugunsten seiner satzungsgemäßen Bestrebungen im Wege des Postvertrages im badischen Staatsgebiet zu vertreiben.
Karlsruhe, den 21. September 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurubeseetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Planmäßig angesetzt:
Verwaltungsreferent Rudolf Basse bei der Landesversicherungsanstalt Baden.
Ministerium des Kultus und Unterrichts
Wieder planmäßig angesetzt:
Kanzleihilfswirt Josef Sagner bei der Landesversicherungsanstalt Baden.
In den Ruhestand versetzt wurde:
Professor Christian Wörner am Staatsdechnikum Karlsruhe.
Gestorben:
Hauptlehrer Wilhelm Höfer in Fährnau.
Gendarmereikommissar Karl Bender in Gernsbach.

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14

fertigt
Drucksachen
aller Art

für Industrie, Handel, Behörden
und Private

Kurze Lieferfristen
Mäßige Preise

Bei der Pfälzer Kathol. Kirchengemeinde Heidelberg ist die Stelle eines
Rechnungsbeamten (Oberkassierers)
alsbald zu besetzen. Die Anstellung erfolgt vorerst auf Privatdienstvertrag im Angestelltenverhältnis. Die Umwandlung in eine planmäßige Stelle ist vorgesehen.
Bewerber katholischen Bekenntnisses, welche ihre Befähigung durch die erfolgte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mittleren Finanzdienst nachweisen können, wollen ihre Gesuche nebst Lebenslauf und Zeugnissen bis längstens 6. Oktober 1928, 10. Uhr einreichen.
Heidelberg, den 21. September 1928. 917
Pfälzer Kathol. Kirchengemeinde Heidelberg.

Bekanntmachung.
Die Gemeinde Oftershiem beabsichtigt mehrere Wohnbaracken in der Größe von 2 Zimmer und Küche und 3 Zimmer und Küche zu erstellen und bittet um entsprechende Angebote mit Preisangabe. Es kommen auch solche Wohnbaracken in Frage, welche von größeren Stadtverwaltungen erstellt waren und infolge Ersparbauten nunmehr zum Verkauf kommen.
Oftershiem, den 21. September 1928. 922
Bürgermeisteramt.

Detektiv - Institut
u. Privat-
Raukuffel
Argus
Wannheim
O 6, 6
Plancken
Telefon (Mittel) 35303
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Korbmöbel
Mercedes
Einstufig ab Fabrik an Privatreue!
Bestens verarbeitet. Reichhaltige Auswahl auf Wunsch.
Bismarckstraße Mercedes-Lorch.

Fohlenmarktlotterie Engen.
Ziehungsliste 1928.

Bei der durch Bad. Justizrat Dr. Kimmelin am 20. September 1928 im Rathaus in Engen vorgenommenen Losziehung fielen auf folgende Losnummern Gewinne:

Los-Nr.	Gew.												
17	10	1643	19	3745	13	6086	102	7290	9	8745	69		
22	7	1673	41	3754	77	6110	103	7293	15	8782	36		
19	40	1708	4	3999	30	6124	87	7334	82	9012	63		
50	95	1807	43	4104	105	6194	6	7376	107	9037	97		
98	90	1986	39	4362	61	6196	104	7405	83	9045	16		
222	22	2040	50	4446	66	6232	75	7545	98	9100	65		
289	48	2128	101	4603	26	6307	1	7601	34	9376	45		
305	85	2397	88	4994	68	6334	52	7843	74	9456	99		
356	23	2421	27	5016	49	6356	18	7902	17	9482	71		
395	55	2462	78	5125	35	6398	11	8062	24	9605	37		
459	31	2747	28	5225	51	6486	70	8210	94	9725	20		
537	60	3029	42	5374	92	6496	8	8277	3	9777	86		
587	47	3075	73	5497	57	6520	106	8290	81	9791	80		
675	32	3128	2	5508	91	6714	56	8396	100	9872	59		
955	33	3319	44	5583	64	6765	76	8407	14	9897	93		
1237	46	3448	54	5632	58	6806	96	8429	29	9908	5		
1441	12	3575	79	5727	89	7172	21	8563	67	9935	84		
1520	53	3689	25	6065	38	7232	72	8576	62				

Gesperrt ist die Losnummer 9456
Die Gewinne stehen vom Ziehungstage an auf Rechnung und Gefahr der Gewinner, der Standort der Fohlen und Namen des Verkäufers sind bei dem Unterzeichneten zu erfragen. Die übrigen Gewinne sind im Rathaus in Engen ausgestellt. Auf Wunsch erfolgt Zusendung auf Kosten des Gewinners. Gewinner, die auf Gewinnausfolgung verzichten, erhalten 80 % des Ankaufpreises. Die bis 11. Oktober 1928 nicht abgeholt Gewinne fallen der Stadtgemeinde Engen zu.
Engen, den 20. September 1928. 924

Der Gemeinderat:
J. B.: G. Kattenbach.

R. 783. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Friedmann, Strauß & Sommer, Warenverpackungs- und Holzhandlung hier, wurden die Gebühren des Konkursverwalters auf 3 468,13 Reichsmark und die Auslagen auf 120 Reichsmark festgesetzt.
Karlsruhe, 22. Sept. 1928, Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

R. 775. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Albert Reuvert, Holzhandlung in Karlsruhe ist zur Prüfung nachträglich angemeldete Forderungen Termin bestimmt auf Freitag, den 5. Oktober 1928.

Badisches Landestheater
Dienstag, 25. September
A 3 Th.-Gem. 901-1000
Zum erstenmal
Bon morgens bis mitternachts
Schauspiel von Georg Kaiser
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauen-
dorfer, Quaiser, Schreiner,
Willer, Ziegler, Bortfeldt,
Brand, Dahlen, Gemmede,
Herz, Höder, Just, Kloeble,
Müller, Schulze, v. d. Trenck
Anfang 20 Ende geg. 22 1/
Preis A (0,70-5,00)

Mittwoch, 26. September
B 3 Th.-Gem. 1101-1200
Und das Licht
schmelzt in der Finsternis
Drama von Laskoi
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauen-
dorfer, Genier, Quaiser,
Schreiner, Willer, Ziegler,
Bortfeldt, Dahlen, Gem-
mede, Herz, Höder, Just,
Kloeble, Müller, Schulze
Anfang 20 Ende nach 22
Preis A (0,70-5,00)

Do., 27. Sept., **Hoffmanns**
Erzählungen, Fr. 28. Sept.,
Die heilige Ente, Sa. 29.
Sept., neu einstudiert: Der
Schwarzschäfer, So., 30.
Sept., neu einstudiert: Der
Barbier von Bagdad, Wo.,
1. Okt., 1. Sinfoniekonzert,
Di., 2. Okt., **Aranda**

COLOSSEUM
täglich abends 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
die feinste neue Berliner
Revue
"Für Euer Geld!"
Der Schlager der
Saison!

Bretten. R. 787
Güterrechtsregister-
trag Band II:
Seite 63: Stehle, Mar,
Schreinermeister, und
Maria geb. Reier, Bret-
ten. Vertrag vom 13. Sept.
1928. Gütertrennung.
Seite 64: Göpprich, An-
ton, Jacobs Sohn, Land-
wirt, und Rosa geb. Göp-
prich, Reibheim. Vertrag
vom 11. Sept. 1928. Er-
rungenschaftsgemeinschaft
mit Vorbehaltsgut der
Frau.
Bretten, 20. Sept. 1928.
Amtsgericht.